

Liebe Leserin, lieber Leser!

Es gibt sie noch, die schönen Momente – auch für Sozialdemokrat*innen.

Am 30. Mai haben die Wähler*innen unseren Kandidaten Klaus Peter Schellhaas mit einem überragenden Ergebnis zum neuen, alten Landrat gewählt. Das ist jetzt seine dritte Amtszeit, in der er seine Kompetenz und sein Engagement unter Beweis stellen darf. Vielen Dank dafür!

Leider ist auch hier nicht alles eitel Freude: Philipp Mohm hat dazu einen [Artikel](#) geschrieben, der sich mit der Wahlbeteiligung und dem Aufwand bei unterschiedlichen Wahlterminen auseinandersetzt.

Der vorliegende Newsletter ist deutlich länger als andere. Unsere Fraktionsvorsitzende Birgit Kannegießer beleuchtet ausführlich die Lage der Kinderbetreuung in der Gemeinde und die Haltung der SPD-Fraktion dazu. Dabei geht sie speziell auf die geplante [Wald-Kita in Ober-Beerbach](#) ein und wie die Planung aus SPD-Sicht gelaufen ist. Ihr zweites Thema ist der Umgang mit den [Bedarfszahlen für die Kinderbetreuung](#), der in Seeheim-Jugendheim einiges zu wünschen übrig lässt.

Das ist ein spannendes und komplexes Thema, über das wir wahrscheinlich noch öfter berichten müssen.

Am Dollacker in Malchen soll weiter gebaut werden. Dagegen stellte sich der Ortsbeirat mit einer Beschlussempfehlung. Was daraus wurde, [lesen Sie hier](#).

Der Sommer kommt und Corona geht. In der Hoffnung, dass Letzteres nicht zu stark wieder zurück kommt, verbleibe ich

Ihr Peter Kannegießer



Termine

04.06.21, 19.30	Videokonferenz	Fraktionssitzung
10.06.21, 20.00	Bürgerhalle Jugendheim	Sitzung der Gemeindevertretung Link zur Tagessordnung
11.06.21, 19.30	Haus Hufnagel, Raum Villenave d'Ornon	Fraktionssitzung

17.06.21, 19.30

wird noch bekanntgegeben

Fraktionssitzung

24.06.21, 19.30

wird noch bekanntgegeben

Fraktionssitzung

06.07.21, 20.00

wird noch bekanntgegeben

Vorstandssitzung

Bessere Lösung scheitert am Wasserrecht – Bolzplatz in Ober-Beerbach wird „Wald“-Kita



von Birgit Kannegießer



Trotz engagierten Ringens seitens der SPD wird es nun doch wahr: auf dem Bolzplatz Ober-Beerbach wird eine „Wald“-Kita-Gruppe eingerichtet. Der Platz wird umzäunt, 3 Kita-Wagen werden aufgestellt, ergänzt um mehrere Sonnenschirme und wahrscheinlich um ein paar noch zu pflanzende Bäume.

Und der Bolzplatz? Beabsichtigt ist jetzt, ihn in den nördlichen Bereich des Areals zu verlegen. Die dort noch stehenden Bäume müssen hierfür noch gefällt werden. Dafür bedarf es allerdings

erstmal einer naturschutzrechtlichen Prüfung bzgl. des dort lebenden Getiers, Ausgleichsmaßnahmen werden wahrscheinlich notwendig werden.

Aus SPD-Sicht wird hier die deutlich schlechtere Lösung realisiert. Es ist die Lösung für fehlende Kita-Plätze in Ober-Beerbach, die Bürgermeister Kreissl seit Herbst 2020 favorisiert. In der Zeitung durften die eigentlich vorher zu Beteiligten im Dezember 2020 darüber lesen. Weder Ortsbeirat noch Gemeindevertretung oder gar der Elternbeirat waren zuvor angehört worden. Diese Entscheidung hatte der Bürgermeister kurzfristig getroffen, weil sonst zuvor genehmigte Fördergelder für den Umbau von Räumen der ev. Kirchengemeinde verfallen wären (dort sollte ursprünglich eine weitere Kitagruppe eingerichtet werden, wofür ein Umbau notwendig gewesen wäre; die Kirchengemeinde sagte aber ab, weil sie sich 15 Jahre hätte binden müssen.).

Allein die wohl erwartete Freude, das Lob für diese Entscheidung blieben begründetermaßen aus, der Presseartikel sorgte für Protest. Warum?

Erstens, weil der Bolzplatz als Bolzplatz jeden Tag benutzt wird, er war zu Bürgermeister Kühns Zeiten im Rahmen eines Dorferneuerungsprogramms geschaffen worden. Für die Jugendlichen in Ober-Beerbach ist es der einzige Platz, der ihnen zum Kicken zur Verfügung steht, denn sie können nicht mal eben schnell ins Christian-Stock-Stadion radeln.

Zweitens, weil der Platz direkt an der Buswendeschleife liegt und dort die Kinder und Jugendlichen ihren Schulweg mit dem Bus starten bzw beenden. Bringen und Holen der Kita-Kinder sorgt dann für noch mehr Verkehr an dieser Stelle.

Drittens, weil der Bolzplatz weder Wald- noch naturnahen Charakter hat, er ist bisher halt ein schattenfreier Platz zum Bolzen.

Viertens, weil Bürgermeister Kreissl in der Zeitung gar 2 Gruppen ankündigte, obwohl in Ober-Beerbach tatsächlich „nur“ 20 – statt 40 – Kitaplätze fehlen. 20 Platzangebote für die Kinder aus der Gesamtkommune hätten zu elterlichen Bring-und Holdiensten nach Ober-Beerbach geführt, obwohl dieser Ortsteil auf fast niemandens Weg zur Arbeit liegt und was deshalb zusätzlichen Verkehr bedeutet hätte. Dies hätte die Verkehrssituation in der ohnehin engen Ortsmitte noch zusätzlich verschärft.

Auf Initiative der SPD wurde die Platzzahl angepasst. Eine Gruppe eingerichtet werden. Laut Bedarfsplanung 2020 werden im Ortsteil dieses Jahr insgesamt 44 Kinder und nächstes Jahr 37 Kinder im Kitaalter leben.

Darüber hinaus schlug die SPD insgesamt fünf weitere Standorte vor, zuletzt den Bereich nördlich des Bolzplatzes, auf dem jetzt noch diverse Bäume stehen. Dieser Ort hat – im Gegensatz zum jetzigen Bolzplatz – tatsächlich noch einen naturnahen Charakter.



Vorletzte Woche wurde hierüber erst in der Ortsbeiratssitzung, dann in einer gemeinsamen Sitzung von Bauausschuss und Sozialausschuss beraten. In beiden Gremien fand sich eine Mehrheit für den SPD-Vorschlag, die Waldkita-Gruppe im hinteren Teil anzusiedeln. Dr. Fischbach, erster Beigeordneter (CDU), der in beiden Sitzungen den urlaubenden Bürgermeister Kreissl vertrat, erklärte in beiden Sitzungen, dass sowohl die Bolzplatz-„Lösung“, wie auch die Errichtung im nördlichen Teil möglich sei. Der Ober-Beerbacher Ortsbeirat hatte hierzu einen einstimmigen Beschluss gefasst.

Allerdings vollführte Dr. Fischbach dann aber eine Rolle rückwärts und erklärte sechs Tage später im Haupt- und Finanzausschuss, er müsse sich korrigieren; in der Kreisverwaltung habe man ihm erklärt, dass das Wasserrecht und das Naturschutzrecht keine Entscheidung für eine Waldkitagruppe im hinteren Bereich (unter Bäumen) zulasse, da der vordere Bereich – der Bolzplatz – als Möglichkeit für die Errichtung einer Gruppe zur Verfügung stehe. Eine für die Nutzung des hinteren Teils notwendige Ausnahmegenehmigung sei deshalb nicht möglich. Konkret ging es hierbei um den zu errichtenden Stabgitterzaun, der im Außenbereich (also außerhalb der Ortsgrenzen) nur 10 Meter vom Bach entfernt errichtet werden müsse (im Innenbereich sind es nur 5 Meter). Für den Bolzplatz sei ein solcher Zaun nicht erforderlich, deshalb könne der Bolzplatz in den nördlichen Bereich verlegt werden.

Ein anderer Platz, am Ortseingang von Ober-Beerbach – komme wiederum nicht in Betracht, da das Grundstück ein Gefälle habe. Technisch hätte man dieses Grundstück im seinem unteren Teil tatsächlich herrichten können. Aber hierfür wäre Baurecht und ein Genehmigungsverfahren erforderlich, was kurzfristig nicht realisierbar sei.

Fazit:

In der Gesamtschau wird nun der Bolzplatz gestrichen, er wird zum „naturnahen“ Kindergartenplatz. Dafür werden dann ein paar Bäume gepflanzt und Schirme aufgestellt.

Für die Verlegung des Bolzplatzes müssen nun Bäume gefällt werden, aus dem naturnahen Areal wird eine offene Schneise.

Was das mit Naturschutz oder Wasserschutz zu tun hat, darüber darf sich jeder sein eigenes Bild machen.

Diese „Lösung“ zeigt, wie groß der Kita-Notstand in unserer Gemeinde mittlerweile ist. Es geht nicht mehr um gute oder bessere Lösungen. Seitens des Bürgermeisters ist keine Initiative erkennbar, dieses eigentliche Problem tatsächlich verantwortlich anzugehen. Dazu im nächsten [Artikel](#) mehr.

PS: dass nicht auch gleich das ganze Bürgerhaus als Ausweichquartier für kalte Wetterlagen belegt wird, ist der Initiative der SPD gedankt. Der jetzige Beschlussvorschlag, der kommenden Donnerstag in der Gemeindevertretung abgestimmt wird, sieht vor, dass der Bewegungsraum der Kita sowie der Raum Rottmannsdorf hierfür vorgesehen sind. Hier ging es der SPD um die Bedürfnisse der Vereine, die das Bürgerhaus regelmäßig für ihre Veranstaltungen brauchen.

Fast 100 Kita-Plätze fehlen im Kitajahr 2021/2022!



von Birgit Kannegießer

In der Auseinandersetzung um den richtigen Kita-Standort in Ober-Beerbach wurde diese Woche in einem Änderungsantrag des Gemeindevorstands folgendes (Drucksache 7-4/XI) bekannt gegeben:

„Kindern, die ab Mitte November das 3. Lebensjahr vollendet haben, kann derzeit kein Betreuungsplatz mehr angeboten werden.“

Aus dieser Information, dem letzten Satz des Beschlussvorschlags, ergibt sich - und das ist das Dramatische: Zwei Drittel der Kinder, die im nächsten Kitajahr 2021/2022 drei Jahre alt werden, erhalten keinen Kitaplatz im Geburtstagsmonat, wie es eigentlich gesetzlich seit 1998 verpflichtend vorgeschrieben ist!!!!

Sie müssen bis August 2022 warten, bis sich Ihr gesetzlicher Anspruch realisieren lässt. Laut dieser Vorlage haben insbesondere Eltern aus Ober-Beerbach mit Klagen (gegen den Landkreis) gedroht.

Der Bericht zur Kita-Bedarfsplanung 2021/2022 wurde den Gemeindevertretern vom Bürgermeister bis zum heutigen Tag (6.6.2021) nicht vorlegt, obwohl wir mittlerweile die erste Juniwoche schreiben und die Gemeindevertretung am 10.06.2021 tagt. In den vergangenen Jahren wurde er der für die Beschlussfassung zuständigen Gemeindevertretung stets deutlich früher übergeben.

Dass dieser Bericht bisher zurückgehalten wird, offenbart den Betreuungsnotstand in unserer Gemeinde, die schon seit 2006 durch CDU-Bürgermeister „geführt“ wird.

Wie kommt die SPD zu dieser Feststellung? Ziemlich einfach, wie die Fraktionsvorsitzende Birgit Kannegießer im HFA vorrechnete: Wir haben uns den Bericht zur Bedarfsberechnung 2020 vorgenommen, aus dem sich immerhin herauslesen lässt, wie viele Kinder 2018 und 2019 geboren sind. Das sind dann die Kinder, die nun 2021/2022 drei Jahre alt werden. Berücksichtigt man dann noch Neubauviertel etc., ist es sicher begründet, zunächst mit 140 Kindern zu rechnen. In 8,5 von 12 Monaten werden also Dreijährige keinen Kitaplatz bekommen, das dann sind 99 Kinder (und dahinterstehend 99 Familien), die vor August 2022 *nicht* zum Zuge kommen werden. Kannegießers Feststellungen im HFA wurde weder durch den Gemeindevorstand noch durch die CDU-Fraktion, die sich sonst stets wortreich für den eigenen Bürgermeister einsetzt, widersprochen! Niemand hat bestritten, dass tatsächlich fast 100 Plätze fehlen werden!

Im Sommer 2020 waren es noch 56 Plätze, mit den für 2020/2021 gerechnet wurde. Die Zahl der dreijährigen Kinder ohne Kita-Platz erhöht sich also im kommenden Kitajahr massiv!



Nun wird seit Herbst 2020 ein neuer Kita-Standort geplant: auf dem Bolzplatz Jugenheim. Was letztes Jahr noch auf Vorschlag des Gemeindevorstands als 6-zügige Einrichtung gedacht war (wir brauchen Kita-Plätze!), kann nach jetzt initiiertem Änderung des Bebauungsplans nur 3-zügig realisiert werden! Hierzu führt die Gemeindeverwaltung aus, dass die Fläche zu klein sei, man beabsichtige aber, mit den Grundstückseigentümern hinter dem Bolzplatz Kontakt aufzunehmen, um die Einrichtung zu gegebener Zeit zu erweitern.

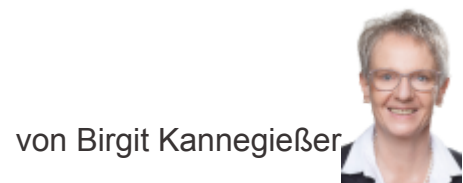
Mit der geplanten Fertigstellung dieser Einrichtung in Jugenheim erlischt dann aber auch ziemlich zeitgleich die Betriebserlaubnis für die Malchener Container-Einrichtung... In Kita-

Plätzen ausgedrückt, dürfte der Neubau in Jugenheim damit ein Nullsummenspiel werden für die Kitaplatz-Bilanz unserer Gemeinde. So werden wir wohl eher zu Lasten der Kinder und Familien auf der Stelle tanzen.

Wenn wir jetzt nicht mit konkreten Planungen und Neubauten ganz entschieden gegensteuern, dann lassen wir zu, dass Kinder in ihren Entwicklungsmöglichkeiten und mit ihrem Betreuungsanspruch auf der Strecke bleiben. Die SPD Seeheim-Jugenheim fordert deshalb dringend die Einberufung eines runden Tisches. In den normalen Beratungszyklen der Gemeindevertretung können die wichtigen und richtungsweisenden Entscheidungen nicht mehr rechtzeitig getroffen werden, um endlich genügend Plätze für alle Kinder zu schaffen. Ideen gibt es: Was wird aus dem Falkenheim? Was kann am Zeppelinweg realisiert werden? Wie viele Plätze brauchen wir tatsächlich nach Ortsteilen sortiert?

Nicht zu vergessen: die unter 3-Jährigen benötigen übrigens auch einen gesetzlich vorgesehenen Krippenplatz ...

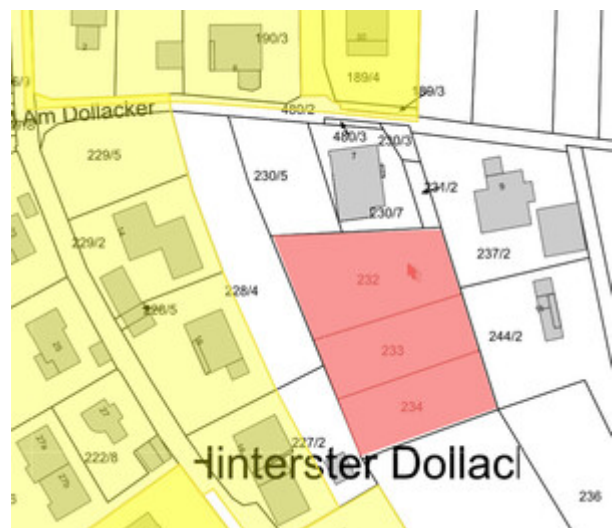
Dollacker – quo vadis?



Es war die SPD Seeheim-Jugenheim, die 2018 für den Südlichen Dollacker in Malchen eine Beplanung in Form eines Bebauungsplans forderte, nachdem ein Verwaltungsgericht festgestellt hatte, dass die letzte freie Fläche nicht im Außenbereich sondern im Innenbereich liege. Folglich wäre Bebauung nach §36 Baugesetzbuch möglich. Um Wildwuchs zu verhindern, kam unser Antrag, der seine politische Mehrheit in der Gemeindevertretung fand. Die 2018 ebenfalls beschlossene Veränderungssperre wurde allerdings nie veröffentlicht und deshalb nicht wirksam.

Dass der Gemeindevorstand, d.h. konkret Bürgermeister und Gemeindeverwaltung einen Beschluss der Gemeindevertretung einfach ignorieren bzw. aussitzen, ist dabei schon ein Thema – um nicht zu sagen, ein Skandal – für sich.

Der jetzt vorgelegte Entwurf zur Beplanung von insgesamt drei Grundstücken sorgte nun wieder für einige Auseinandersetzung in den politischen Gremien. Zunächst hatte der Ortsbeirat Malchen den Bebauungsplan zuerst mangels Beteiligung nicht behandeln können, dann aber auf Forderung der Gemeindevertretung tatsächlich erörtert und ohne Begründung abgelehnt. Später legte er schließlich insgesamt fünf einstimmig angenommene Änderungsanträge vor. Diese waren maßgeblich von Kolja Hosch mitinitiiert worden, der im März für die SPD in den Ortsbeirat gewählt worden war. Statt einer inhaltlichen Befassung mit den Änderungspunkten stellte man im Gemeindevorstand allerdings erst einmal fest, dass die nochmalige Behandlung im Ortsbeirat nach dem ersten Ablehnungsbeschluss unzulässig sei. Die Grünen reagierten prompt und übernahmen in einem Änderungsantrag die Beschlussvorschläge und brachten den vor der Sitzung des Bauausschusses am 02. Juni ein, damit die Änderungsvorschläge des Ortsbeirats tatsächlich in der Gemeindevertretung behandelt werden können und nicht bereits formal unter den Teppich gekehrt werden.



Um was geht es bei diesen Beschlussvorschlägen? Es wird befürchtet, dass es nicht bei der jetzigen Bebauung bleiben wird, dass gegebenenfalls weitere Initiativen zur „Verschiebung“ der Bebauungsgrenze losgetreten oder gar neue Bauzonen ausgewiesen werden. Hierfür ist die aktuelle Verkehrsanbindung allerdings zu eng. Auch wenn der gezählte Verkehr tatsächlich

eher wenig ist, schildern die am Dollacker wohnenden Mitbürger*innen, dass die Straße bei Gegenverkehr einfach zu eng ist. Ausweichstellen gibt es nicht. Deshalb wurde seitens des Ortsbeirats eine Verkehrsuntersuchung verlangt – allerdings wird eine solche Studie, so die SPD-Fraktion, wohl keine neuen Erkenntnisse bringen und ist daher nicht zielführend. Es bleibt die Feststellung, dass die Straße an einigen Stellen mit 3,80m eigentlich zu schmal ist. Laut den Plänen beim Katasteramt sollte die Straße eigentlich auf der gesamten Länge eine Breite von 4,20m haben.

Würden da Flächen überbaut, die nicht hätten überbaut werden dürfen?

Der Ortsbeirat schlug darüber hinaus vor, den Weg zu den Häusern im hinteren Teil auf 2,5 Meter zu verengen, um so eine weitere Bebauung nach Süden zu erschweren. Darüber hinaus solle im Süden ein 5 Meter breiter Ausgleichstreifen eingerichtet werden und es soll maximal eine Wohneinheit realisiert werden dürfen. Letzteres widerspricht, folgt man der Stellungnahme des beauftragten Planungsbüros, dem Bundesrecht, und kann deshalb durch die Gemeindevertretung nicht beschlossen werden. Die verbleibenden 2 Vorschläge könnten realisiert werden. Einer weiteren Bebauung stünde dann aber auch der regionale Flächennutzungsplan entgegen....

Was bleibt besonders, um nicht zuletzt dem demnächst verschärften Verkehrsengpass zu begegnen. Es bleibt die Anlage von Biotopen, konkret die Anpflanzung von Streuobstwiesen. Biotope erhöhen die Anforderungen an das Baurecht derart massiv, dass eine weitere Bebauung mehr als schwierig würde.

Die SPD wird dem jetzt vorliegenden Bebauungsplan mehrheitlich zustimmen. Bezüglich der vorgeschlagenen Änderungen wird es Unterstützung geben bzgl. Verengung und Ausgleichsflächen.

Wahlen und Wahlbeteiligung



von Philipp Mohm

Zur Kommunalwahl im März 2021 ist im Landkreis Darmstadt-Dieburg etwas mehr als die Hälfte der Bevölkerung (53,5%) gegangen. Zu Landratswahl im Mai 2021 ist nicht einmal mehr ein Drittel der Wahlberechtigten gegangen (30,25%).

Das ist sowohl erstaunlich als auch nicht überraschend.

Erstaunlich ist es, weil sehr viele Entscheidungen, die unser Leben direkt betreffen, eben auf kommunaler Ebene oder im Landkreis getroffen werden. Nicht überraschend ist dabei, dass diese Tatsache viel zu wenig im Bewusstsein der Menschen verankert ist. Die kommunalen Ebenen werden viel zu gering geschätzt. Dies gilt sowohl für die Wählenden, die zu Landes- und Bundeswahlen in viel größerer Zahl strömen als auch für die Landes- und Bundesebene, die die Kommunen immer nur belastet und nur sehr selten wirklich sinnvoll unterstützt. Gerne werden Aufgaben an die Kommunen abgegeben, aber ohne das Geld und das Personal dafür.

Tauchen dann noch Herausforderungen und Schwierigkeiten auf, wird schnell nach der Bundesebene als Lösung gerufen. Dann gelten Föderalismus und Subsidiarität nur noch wenig in der öffentlichen Debatte. Das ist eine schlechte Entwicklung.

In Anbetracht des überragenden Ergebnisses bei der Landratswahl für Herrn Schellhaas, wird gar nicht mehr nach den Problemen gefragt. Eine solch geringe Wahlbeteiligung wirft Fragen nach der Legitimation, nach der Relevanz des Amtes und Fragen nach Wahlterminen auf.

Kommunen und Kreise sind wichtige Institutionen unserer Demokratie. Sie müssen finanziell, personell und politisch gestärkt werden. Nur so können für die Menschen bestmögliche Entscheidungen vor Ort zur Verbesserung der Lebensqualität getroffen werden. Landes- und Bundesebene sind oftmals viel zu weit weg von den realen Situationen vor Ort.

Gemeindevertretungen, Stadt- und Kreisparlamente, Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, Landrätinnen und Landräte sind relevante Institutionen mit vielen Auswirkungen auf unsere Gesellschaft. Sie müssen im öffentlichen Bewusstsein (auch und gerade in den „großen“ Medien) und im politischen Leben gestärkt werden.

Es ist eine Verschwendung wertvoller ehrenamtlicher Ressourcen und ein Glücksspiel mit der Wahlbeteiligung, wenn Wahltermine nicht gebündelt werden. Argumente von getrennten Wahlen zur Legislativen und Exekutiven sind abstrus – eine solch strikte Trennung ist im faktischen politischen Alltag Deutschlands gar nicht gegeben und den Wählenden daher auch nur schwer zu vermitteln – hier hinter verbirgt sich politisches Kalkül. Und es ist im Landkreis Darmstadt-Dieburg auch nicht aufgegangen.

Wir brauchen eine echte Stärkung der Kommunen und Kreise, denn vor Ort entscheidet sich viel und wird vieles am besten verstanden.

Wir brauchen eine sinnvolle Koordination von Wahlterminen, denn nur eine hohe Wahlbeteiligung gibt den Gewählten Legitimation.

AKTUELLES AUS DER SPD-FRAKTION

Der erste Beratungszyklus der neuen Wahlperiode ist nun fast durch. Nachdem der Sozialausschuss am 11.05.2021 tagen sollte, aber vorher abgesagt worden war – es gab nur den einen Beratungspunkt Waldkita Ober-Beerbach, wurde diese Sitzung dann nachgeholt in einer gemeinsamen Sitzung mit dem Bauausschuss am 26.05.2021, eben wegen der besonderen Dringlichkeit in Bezug auf die fehlenden Kita-Plätze. Die durch die Ausschüsse gefassten Beschlüsse zu diesem Thema wurden dann in der HFA-Sitzung allerdings gedreht ([siehe Bericht oben](#)).

Was gab es noch?

Den Bebauungsplan „Südlicher Dollacker“ haben wir innerhalb der SPD-Fraktion sehr ausführlich diskutiert. Auch hierzu gibt es in diesem Newsletter einen [eigenen Bericht](#).

Der Beschlussvorschlag des Gemeindevorstands zum B-Plan Im Säbchen/Sandacker gibt wiederum Anlass zur massiven Sorge bzgl. [Kitaversorgung](#). Über alle vorliegenden Anträge hinaus, fordern wir als SPD-Seeheim-Jugendheim einen runden Tisch und vor allem eine massive Beschleunigung bei den Entscheidungswegen!

Machen Sie sich ein objektives Bild über die wichtigen Themen, besuchen Sie die Sitzungen der Gemeindevertretung und die SPD-Fraktion.

Termine siehe unter www.spd-seeheim-jugendheim.de

Kontakt: Birgit Kannegiesser, SPD-Fraktionsvorsitzende

Tel.: 06257 9440680 / Mail: b.kannegiesser@spd-seeheim-jugendheim.de

Bitte geben Sie den Newsletter auch an Ihre Bekannten und Freunde weiter!

Falls Sie Kommentare, Kritik oder Anregungen zum Inhalt haben sollten, [schreiben Sie uns](#) doch einfach. Wir freuen uns über jede Zuschrift.

Abbestellen? Schicken Sie eine kurze Mail an newsletter@spd-seeheim-jugendheim.de.

Herausgeber: SPD Ortsverein Seeheim-Jugenheim, Notisweg 59, 64342 Seeheim-Jugenheim